

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Abonnementpreis im Monat einschließlich Bringerlohn 1.15 Mk., bei Selbstabholung 1.05 Mk.; mit der illustrierten Wochenbeilage Neue Welt einschließlich Bringerlohn 1.25 Mk., bei Selbstabholung 1.15 Mk. — Durch die Post bezogen vierteljährlich 3.45 Mk., für 1 Monat 1.15 Mk. (Postgeld vierteljährlich 42 Pfg., monatlich 14 Pfg.).

Redaktion:
Leipzig, Tauchaer Straße 19/21.
Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig.
Fernsprecher: 18008.

Inserate kosten die 7gespaltene Zeile oder deren Raum 30 Pfg., bei Plakatschrift 35 Pfg. Schwereyer Satz nach höherem Tarif. — Der Preis für das Belegen von Prospekten ist bei der Gesamtauflage 4.— Mk. jedes Tausend, bei Zeilauflage 5.— Mk. — Schluß der Annahme von Inseraten für die nächste Nummer früh 9 Uhr.

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Verlag in Leipzig, Tauchaer Straße 19/21, Fernsprecher: 4596 • Inseraten-Abteilung Fernsprecher: 2721.

Ezernowiz genommen.

Selbstbetrug?

Von R. Thorewesten.

„Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat auch diesmal wieder, wie bisher stets, die Kriegskredite bewilligt. Die Frage, ob die Erklärungen der Regierung zur Friedensfrage ausreichend waren oder nicht, verliert an Bedeutung, da der Reichstag selbst eine ausreichende, die Regierung bindende Erklärung abgegeben hat.“

Wenn die Partei der Unabhängigen noch einer Rechtfertigung dafür bedurft hätte, daß sie sich an der parlamentarischen Zulirevolution nicht beteiligte und die Mitwirkung der Partei des Herrn Scheidemann mit mißtrauischem Zweifel verfolgte, so wäre sie durch diese Sätze, die der Vorwärts ein paar Tage nach der Abstimmung im Reichstage veröffentlichte, gegeben. Indem sie die Politik der sozialdemokratischen Mehrheit zu begründen suchten, üben sie gleichzeitig, ohne es zu wollen, an ihr die vernichtendste Kritik. Sie enthüllen erbarmungslos die ständige Schwäche ihrer Fundamentierung und zeigen, in welchem Umfange man drüben Einbildungen an die Stelle von Tatsachen setzt, um den moralischen Bankrott nicht vor aller Welt offenbar machen zu müssen.

Machen wir uns die Situation noch einmal klar. Die Partei fühlte zu Hause den Boden unter ihren Füßen schwinden, und die Stockholmer Fahrt belehrte sie über die Größe des Mißtrauens, das ihr die Internationale entgegenbrachte. Bei all ihrer Selbstgerechtigkeit beunruhigte sie das. Sie hielt es an der Zeit, ihren Willen zum Frieden und zur Demokratie etwas entschiedener zu betonen, wobei sie sich natürlich den Anschein zu geben suchte, als ob sie damit in keiner Weise von dem bisher eingeschlagenen Wege abwich. Sie erkannte, daß sie naht sei, und begann ihre Tafellosigkeit in große Worte und Drohungen zu hüllen. Es könne so nicht weitergehen, das Volk erwarte dies und das, eine Radikalkur sei notwendig, und Scheidemann ging bekanntlich so weit, die Revolution an die Wand zu malen.

Wie wenig hinter all diesem Gerede steckte, war von Anfang an klar. In demselben Atemzuge, mit dem man die Revolution androhte, wies man nach, daß sie ein Ding der Unmöglichkeit sei und daß es der Sozialdemokratie außerdem ihr Patriotismus verbiete, sie in diesem Moment zu entfesseln. Nur keine Furcht vor dem Löwenfell; es birgt keinen wirklichen Löwen, sondern nur Schnock, den Schreiner!

Der Masse, die trotzdem Laten sehen wollte, bot man Latener sah. In dem Verfassungsausschuß sollte Deutschland demokratisiert werden. Die Mehrheitssozialisten stellten zur Reform des preussischen Wahlrechts die Anträge, zu denen sie ihr Programm verpflichtete. Herr Landsberg glaubte ihre Begründung nicht besser einleiten zu können, als durch die Versicherung, er wisse genau, daß sie keine Majorität finden würden, und begierig griff man nach dem Seil, das Müller-Meinungen mit seiner kraftlosen und zweideutigen Resolution den Engländern zuwarf. Ein Königreich für ein Kompromiß!

Der Vorwärts schrieb, der Antrag sei zwar keine Tat, aber ein Willensausdruck, was die Deutsche Tageszeitung zu der Bemerkung veranlaßte, das sozialdemokratische Selbstbewußtsein sei von einem Tage auf den andern ganz erheblich gesunken.

Doch es gab nicht viel Zeit, über diesen Punkt nachzudenken. Die große politische Krisis, die „Weltwende“, wie es der Vorwärts nannte, setzte ein. Mit Hilfe von Liberalismus und Zentrum sollte die Sozialdemokratie das Deutsche Reich von Grund aus umgestalten — wohlgerneht in vertraulichen Sitzungen der Fraktionsführer. Dem Volke draußen wurden ab und zu ein paar Nachrichtenbrocken zugeworfen. Aber da Friedrich Stampfer bereits die Bedingungen erörterte, unter denen Sozialdemokraten an der Regierung teilnehmen könnten, und da man es ruhig geschahen ließ, daß David und Legien als Ministerkandidaten der breiten Öffentlichkeit präsentiert wurden, mußte doch wohl etwas Großes im Werke sein. Die Demokratie war auf dem Marsch und der demokratische Friede nicht minder.

Zudem teilte einer der rabiatesten Mehrheitsanhänger, Severing, einer Bielefelder Volksversammlung mit, daß die Fraktion entschlossen sei, neue Kriegskredite nicht eher zu bewilligen, als bis die Regierung die Friedensformel des russischen Arbeiter- und Soldatenrats angenommen habe.

Er schloß mit der drohenden Wendung, die Regierung müsse sich klar darüber sein, was eine Ablehnung der Kriegskredite durch die Sozialdemokratie bedeute.

Worte, nichts als Worte! Was im Anfang beinahe wie eine Revolution ausah, endete als Revirement. Der Erfolg des Kampfes um die Demokratie beschränkte sich auf ein Versprechen. Der Parlamentarismus wurde am Büßel des Herrn Helferich verwirklicht und vom Frieden blieb nichts als eine „Erklärung“ übrig.

Diese Erklärung freilich wird als eine Errungenschaft ausgeführt, die des Schweiges der Edlen wohl wert gewesen sei. Aber aller Tamtam kann nicht mehr darüber hinwegtäuschen, daß sie in der Hauptsache nichts als eine Brücke war, auf der die Mehrheitssozialisten zur Kreditbewilligung gelangen konnten. Die Zentrumsprelle spricht das offen aus, und wider Willen bestätigt es der Vorwärts in den vorhin zitierten Sätzen.

Nach Severing verlangte man ein unzweideutiges Bekenntnis der Regierung zur russischen Friedensformel. Statt dessen haben wir eine mehrdeutige Erklärung der Regierung zu einer Resolution erhalten, der man alles nachsagen kann, nur nicht, daß sie eine klare Annahme der russischen Formel darstellt. Wenn diese Resolution von den Schwämmern ausreichend genannt wird, wenn man es vor allem so darstellt, als ob ein Mehrheitsbeschluß des Parlaments die Regierung binde, so liegt es auf der Hand, daß hier unter Anwendung einer gewaltsamen Interpretation eine Rechtfertigung für die Zustimmung zu den Krediten gesucht wird.

Von der Formel selbst sei weiter nicht die Rede. Was über sie gesagt werden darf, ist gesagt worden. Schlimmer auch als das Umlingen ihres Inhalts und ihrer Tendenz ist die Täuschung über das Vorhandensein des Parlamentarismus im Deutschen Reich. Wer sich auf den Standpunkt stellt, es komme nicht auf die Rede des Kanzlers, sondern nur auf die Erklärung der Mehrheit an, der behauptet, daß der Obrigkeitstaat durch den Volksstaat überwunden sei. Nun sind die Illusionen der leitenden Männer der sozialdemokratischen Mehrheit und nicht zuletzt die ihres leitenden Journalisten fast unbegrenzt, aber heißt es nicht, sie beliedigen, wollte man auch nur andeuten, daß sie selbst an den bereits erfolgten Sieg des Parlamentarismus glaubten? Hier handelt es sich nicht mehr um Selbstbetrug.

Dabei aber verlangt man von den Unabhängigen, sie sollten auf ihre Kritik an der Mehrheitspolitik verzichten und ihr Zielbewußtsein in der Arbeit für den Frieden und die Demokratie anerkennen. Man nennt Reichshaberei und Lust an Parteigeiz, was nichts anderes ist als die Erfüllung einer Pflicht. Der Pflicht, die eigene Existenzberechtigung und Existenznotwendigkeit gegenüber einer Partei zu erweisen, die nicht mehr das geistige Erbe, sondern nur noch den Apparat des Sozialismus hütet und die längst die Linie überschritten hat, bis zu der sich ihre Politik noch mit ihrer Illusionsfähigkeit entschuldigen ließ. (W.)

Hendersons Rücktritt.

Aus London kommt die Meldung, daß Henderson, Führer der Arbeiterpartei und Mitglied des Kriegskabinetts, zurückgetreten sei. Es wurde ihm zum Vorwurf gemacht, daß er sich in Rußland für die Friedensbewegung habe gewinnen lassen und daß er sich an der Einberufung des internationalen Sozialistenkongresses beteilige. Es liegen aber die Vorgänge, die den Rücktritt verursachten, die folgenden Verichte vor:

London, 2. August. (Henter.) — Unterhaus. — Duncan von beantragte die Vertagung des Hauses, um dagegen zu protestieren, daß das Kriegskabinet Henderson gestalte, mit Ramsay MacDonald nach Paris zu gehen, um an der sozialistischen Konferenz teilzunehmen. Henderson erklärte darauf, er ginge nach Paris auf Einladung der französischen unifizierten Sozialisten, erpense um die Abmachungen für die sozialistische Konferenz vollständig zu machen, und zweitens, um die Einladung der internationalen sozialistischen Konferenz nach Stockholm zu prüfen, die vom holländisch-schwedischen Ausschuss ausging und vom Ausschuss der russischen Arbeiter- und Soldatenräte unterstützt wurde. Als MacDonald von dem ausführenden Ausschuss der Arbeiterpartei zum Mitglied des Ausschusses für die Konferenz ernannt wurde, habe er es für sehr wichtig gehalten, mit MacDonald zu gehen, um ihn auf dem rechten Wege zu halten. Dies wurde vom Hause mit großer Beifallzeit angenommen. Henderson fuhr fort, er habe die internationale Konferenz für unumgänglich und habe sich deshalb entschieden, darauf hinzuwirken, daß sie nur eine beratende

Körperschaft werde und nicht imstande sei, die Kriegführenden durch die Stimmen der Neutralen zu binden. Es würde ein Vorteil für England sein, wenn seine Stellung dem Auslande, wo sie vielfach mißverstanden werde, klar gemacht werde, ebenso wie auch die der britischen sozialistischen Minderheit. Er ändere seine Haltung dem Arzene gegenüber nicht und sei bei der Reise nach Paris nur von den Interessen des Landes geleitet.

London, 1. August. (Henter.) Unterhaus. Nach Hendersons Rede forderte Karl Sykes Lloyd George auf, eine Erklärung abzugeben, daß die Regierung nicht mit dem Frieden spiele. Wenn sich dieser Eindruck festsetze, würde das ganze Königreich erschüttert werden. Lloyd George erwiderte: Die Regierung selbst hat nicht im geringsten ihre Ansicht über die einzig möglichen Friedensbedingungen, die mit der Ehre und Sicherheit Englands im Einklang ständen, geändert. Wir beabsichtigen gewiß nicht, an einer Konferenz, wie her geübt, teilzunehmen, weder durch Vertreter noch durch die Teilnahme eines Mitgliedes der Regierung. Ich sage ferner ohne Hören, daß wir keiner Parteikonferenz beigekommen werden, über die Friedensbedingungen zu entscheiden, oder diese zu diktieren. Die Friedensbedingungen müssen zur Verantwortung der derzeitigen Regierung gehören. Was Hendersons Stellung betrifft, so besand ich mich gerade in Paris, als die Sache erörtert wurde, und er und die Arbeiterpartei ihre Beschlüsse faßten. Wir waren nicht in Paris, um die Friedensbedingungen zu erörtern, sondern die besten Methoden zur erfolgreichen Fortsetzung des Krieges, und wir beabsichtigen, die Konferenz der letzten Woche zu werten. Tages in London. (Henter.) Lloyd George äußerte sich über die Typhuskrankheit Hendersons als Mitglied der Regierung und als Arbeiterführer. Dabei hielten sich Vorurteile und Nachteile die Waage. Henderson habe stets konsequent bei allen Maßnahmen zur Fortsetzung des Krieges mitgewirkt. Dies sei der Vorteil, der sich aus seiner Verbindung mit der organisierten Arbeiterpartei ergebe. Einige Abgeordnete glaubten, daß diese Verbindung unglücklich sei, aber das Haus müsse erwägen, ob es wünschenswert wäre, daß man davon abginge. Die Regierung werde ebenfalls die Frage erwägen, und auch die französischen Minister, die sich in derselben Lage befinden, um Rat fragen.

Lloyd George fuhr fort: Ich verweigerte nie an der Sache der Alliierten und bin überzeugt, daß Rußland sich erholen wird. Die Männer der jetzigen russischen Regierung wollen die Kraft Rußlands organisieren, um gegen Deutschland zu kämpfen; aber sie haben mit fast unüberwindlichen Schwierigkeiten zu tun. Man muß auf Rußland Rücksicht nehmen, um nicht die unheilvollen Einflüsse zu fördern, die in Rußland gegen die Sache der Alliierten am Werke sind. Man muß Rußland die Gelegenheit geben, sich wiederherzustellen. Lloyd George forderte jedoch das Haus auf, die Einheit nach außen zu wahren. Von England stünden die Alliierten mehr ab als von einem andern Lande. Wenn wir, sagte er, beginnen, uns zu trennen und zu halten und einen wertvollen Kollegen nach dem andern in die Arme derer werfen, die für positive Ziele kämpfen, dann muß ich wirklich an unsern Siege verzweifeln.

Die den Friedensbestrebungen feindliche Richtung in der englischen Arbeiterpartei wie in der weiteren Öffentlichkeit hat also wieder einmal einen Sieg erröchten. Trotzdem ist die Tatsache nicht zu verwischen, daß die Friedensströmungen in England von Monat zu Monat stärker werden, daß der Einfluss der russischen Revolution auf die englische Regierung sich trotz der abnehmenden neuesten Entwicklung in Rußland stetig stärker erweist. Man beachte nur die Rede Lloyd Georges. Sein Schlußsatz, seine Warnung vor der Trennung und Spaltung gibt ihr einen merkbar gedämpften Ton. Er zeigt, daß der englische Premierminister keineswegs so sicher ist, wie er sich geben möchte. Henderson selbst ist kein sehr vertrauensvoller Vertreter der Friedenssache, wie seine sehr gewöhnlichen, nationalistisch gefärbten Erklärungen und seine Versuche zum Exilieren zeigen. Trotzdem ist sein Rücktritt ein Rückschlag gegen den Vormarsch der Friedensbestrebungen. Aber doch nur ein zeitweiliger, im ganzen zeigen die Verhältnisse dieses Ministerrücktritts, daß sich die Gegnerpartei wider den Verständigungsfrieden im Müdigang befindet.

Die Stockholmer Konferenz.

Aus den verschiedenen Nachrichten, die über die Einberufung der Stockholmer Friedenskonferenz verbreitet werden, ergibt sich ein vollkommener Wirrwarr über den Zeitpunkt ihres Zusammentritts. Henderson hat in seiner Unterhandlung mitgeteilt, daß die Veranstaltung in Paris, der er bewohnte, das Datum für die internationale Konferenz abgeändert habe, um den amerikanischen Arbeitervereitern den Besuch der Konferenz zu ermöglichen.

Suzman hat einem Journalisten erklärt, daß die Konferenz am 22. August zusammenzutreten werde. Nach einer Stockholm Meldung hat der Verwaltungsausschuß der Konferenz auf das Telegramm der Pariser Zusammenkunft geantwortet, er begrüße den